

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Sekretariat der Staatspolitischen
Kommissionen
CH-3003 Bern
Tel. 031 322 99 44
Fax 031 322 98 67
www.parlament.ch
spk.cip@parl.admin.ch

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates in der 48. Legislaturperiode, 2007 - 2011

Inhaltsübersicht

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der 48. Legislaturperiode 2007 – 2011
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Ausblick: wichtige Themen der 49. Legislaturperiode 2011 – 2015 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolitischen Kommission (soweit z.Zt. voraussehbar)

1 Auftrag

Gemäss Artikel 44, Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Legislativkommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie sorgen für die Wirksamkeitsüberprüfung in ihren Zuständigkeitsbereichen. Sie unterbreiten den zuständigen Organen der Bundesversammlung entsprechende Anträge oder erteilen dem Bundesrat entsprechende Aufträge.
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 wurden der Staatspolitischen Kommission folgende Sachbereiche zugewiesen: Bundesbehörden (ohne Bundesgericht), Bundespersonal, Bund und Kantone, Gewährleistung der kantonalen Verfassungen, politische Rechte, Bürgerrecht, Ausländerfragen, Asylwesen Staat und Kirche.

2 Behandelte Geschäfte der 48. Legislaturperiode 2007 - 2011

21 Statistischer Überblick

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates hat insgesamt 155 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf (in Klammern: Vergleichszahlen 47. Legislaturperiode 2003 – 2007):

	Geschäftstyp	Anzahl	Verhältniszahlen
a.	Volksinitiativen	3 (2)	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	17 (28)	
c.	Berichte des Bundesrates	4 (5)	
d.	Mitberichte	2 (--)	
e.	Konsultationen zu Verordnungsentwürfen des Bundesrates	5 (4)	
f.	Vorprüfungen von parlamentarischen Initiativen	4 (4)	<i>Folge gegeben 2 / Keine Folge gegeben 2</i>
g.	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	41 (16)	<i>Zustimmung 18 / Ablehnung 23</i>
h.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	6 (6)	<i>Folge gegeben 1/ Keine Folge gegeben 5</i>
i.	Ausarbeitung einer Vorlage (pa.lv. / Kt. lv. 2. Phase)	3 (1)	<i>Annahme</i>
j.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete pa. lv.)	9 (7)	<i>Annahme</i>
k.	Kommissions-Vorstösse	2 (1)	<i>Motionen</i>
l.	Motionen des anderen Rates (plus abgeänderte Motionen des eigenen Rates)	35 (14)	<i>Angenommen (unverändert 14 / abgeändert 5) / abgelehnt 15 zurückgezogen 1</i>
m.	Petitionen	13 (19)	<i>Keine Folge geben 12 Folge geben 1</i>

n.	Interne Geschäfte	11 (9)	
o.	Spezialfälle	(--)	
	Total	155(116)	

22 Erlassentwürfe des Bundesrates und des anderen Rates, Volksinitiativen

Die wichtigsten Erlassentwürfe:

- [05.463 n](#) Pa.Iv. Scheinehen unterbinden
- [06.458 n](#) Pa.Iv. Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative
- [07.400 n](#) Pa.Iv. Parlamentsrecht. Verschiedene Änderungen
- [08.447 n](#) Pa.Iv. Schutz der Vertraulichkeit der Kommissionsberatungen und Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Immunität
- [08.061 n](#) Gegen den Bau von Minaretten. Volksinitiative
- [09.060 s](#) Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative). Volksinitiative. Änderung AuG
- [09.402 n](#) Pa.Iv. Wahrung von Demokratie, Rechtsstaat und Handlungsfähigkeit in ausserordentlichen Lagen
- [09.439 n](#) Pa.Iv. Allen Schweizer Staatsangehörigen auch weiterhin den Bezug einer herkömmlichen nichtbiometrischen ID ohne Chip zusichern / [10.308 n](#) Kt. Iv. TG Ausweisgesetz. Änderung
- [10.052](#) Asylgesetz. Änderung
- [10.090 n](#) Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk)

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft bzw. des Berichts und der Beratungen finden Sie in Curia Vista (Link oben).

In der Berichtsperiode gelangten sieben von der SPK vorberatene Vorlagen zur Volksabstimmung: Drei in der vorangegangenen Periode vorberatene Geschäfte (die Volksinitiativen 'für demokratische Einbürgerungen' und 'Volkssouveränität statt Behördenpropaganda' wurden am 1.6.2008 gemäss Abstimmungsempfehlung der Bundesversammlung abgelehnt; die Einführung biometrischer Pässe wurde am 17.5.2009 knapp angenommen) und vier in der laufenden Periode vorberatene Vorlagen (der Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative wurde am 27.9.2009 angenommen; die Minarett-Initiative und die Ausschaffungsinitiative wurden am 29.11.2009 bzw. am 28.11.2010 entgegen der Abstimmungsempfehlung der Bundesversammlung von Volk und Ständen angenommen; der Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Ausschaffungsinitiative wurde abgelehnt).

23 Ausarbeitung einer Vorlage

Die SPK hat ihrem Rat in Umsetzung einer parlamentarischen Initiative folgende Erlassentwürfe unterbreitet:

- [06.463 s](#) Pa.Iv. Steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien
- [08.515 s](#) Pa.Iv. Bedingter Rückzug einer Volksinitiative im Falle eines indirekten Gegenvorschlages
- [10.440 s](#) Pa.Iv. Verbesserungen der Organisation und der Verfahren des Parlamentes

Eine inhaltliche Zusammenfassung des Berichts und der Beratungen findet sich in Curia Vista (Link oben).

Auffallend ist die starke Zunahme der parlamentarischen Initiativen aus dem Nationalrat, welchen die nationalrätliche Schwesterkommission oder der Nationalrat Folge gegeben hat. Die SPK-S hatte zu 39 derartigen Initiativen Stellung zu nehmen: Je ca. zur Hälfte stimmte sie der Ausarbeitung einer Vorlage zu bzw. lehnte dies ab.

24 Übrige Aktivitäten

Gegenüber der letzten Legislaturperiode hat sich die Zahl der vom Nationalrat angenommenen und von der Kommission vorzuberautenden Motionen mehr als verdoppelt. Mehr als die Hälfte dieser Motionen wurde vom Nationalrat in der während der Frühjahrsession 2010 durchgeführten ausserordentlichen Session zum Thema „Zuwanderung“ angenommen, ohne dass zu den einzelnen Motionen eine Diskussion stattgefunden hat.

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die Staatspolitische Kommission im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d (ParlG) (siehe Ziff. 1) verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich, u.a.:

- Elektronische Abstimmungsanlage im Ständerat
- Staatsvertragsreferendum bei Doppelbesteuerungsabkommen
- Bericht EPA: Förderung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung von 2004-2008
- Schaffung eines Zukunftsrates
- Vereinbarkeit von Volksinitiativen mit den Grundrechten
- Finanzierung von Abstimmungskampagnen

Die beiden letzterwähnten Punkte führten zur Einreichung einer Kommissionsmotion.

Am 27.8.2009 hat die SPK die für die Vorberatung von Doppelbesteuerungsabkommen zuständige Aussenpolitische Kommission aufgefordert, derartige Abkommen aufgrund verfassungsrechtlicher Überlegungen in Zukunft dem fakultativen Staatsvertragsreferendum zu unterstellen. Der Bundesrat hat darauf von sich aus in seinen am 27.11.2009 dem Parlament unterbreiteten Botschaften zu verschiedenen Doppelbesteuerungsabkommen seine bisherige Praxis geändert und die Unterstellung unter das fakultative Referendum beantragt.

Weiter liess sich die Kommission in Anwendung von Art. 151 ParlG zu fünf Verordnungsentwürfen zur Umsetzung von Gesetzesänderungen konsultieren.

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 2007 - Wintersession 2009: Inderkum
- Vizepräsidentin Winteression 2007 – Wintersession 2009: Maury Pasquier
- Präsident Wintersession 2009 - Wintersession 2011: Berset
- Vizepräsident Winteression 2009 – Wintersession 2011: Cramer

32 Mitglieder der Kommission

- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2007: Briner, Büttiker, Cramer, Egerszegi-Obrist, Germann, Hêche, Inderkum, Lombardi, Maury Pasquier, Niederberger, Reimann, Schiesser, Schwaller
- Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 2007:
Freitag ersetzt Schiesser ab Frühjahrsession 2008
Berset ersetzt Maury Pasquier ab Wintersession 2009
Comte ersetzt Freitag ab Frühjahrsession 2010

33 Subkommissionen

Keine.

4 Zeitaufwand der Kommission

Die insgesamt 27 Sitzungen haben 33 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 130.25 Stunden (knapp 4 Stunden pro Sitzungstag).

Zum Vergleich: 2004-2007: 26 Sitzungen, 34 Sitzungstage, 145 Sitzungsstunden

5 Ausblick

Wichtige Themen in der 49. Legislaturperiode 2011-2015 im Zuständigkeitsbereich der Staatspolitischen Kommission, soweit zurzeit voraussehbar:

- [10.052](#) s Asylgesetz. Änderung (*Vorlage 2*)
- [11.018](#) n Massnahmen gegen Zwangsheiraten. Bundesgesetz (SPK)
- [11.022](#) n Bürgerrechtsgesetz. Totalrevision
- [11.049](#) s Bundespersonalgesetz. Änderung
- Bundesgesetz über die Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge von beschränkter Tragweite und über die vorläufige Anwendung völkerrechtlicher Verträge
- Ausführungsgesetzgebung zur Ausschaffungsinitiative

- Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer
- Volksinitiative „Volkswahl des Bundesrates“
- Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Volksinitiativen und Grundrechten
- Transparenz der Finanzierung des politischen Lebens

Erfahrungsgemäss ist damit zu rechnen, dass auch in der neuen Legislaturperiode einzelne Vorkommnisse insb. im Parlamentsbetrieb und bei der Ausübung der Volksrechte Anlass geben werden, um weitere, zurzeit noch nicht vorhersehbare Rechtsänderungen zur Diskussion zu stellen.

